

II-10131 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 50151J

1990 -02- 28

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Schranz, Mag. Brigitte Ederer, Ing. Nedwed  
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Inneres

betreffend dringender Verdacht der nationalsozialistischen Wiederbetäti-  
gung durch einen Angehörigen der Bundesgendarmerie

Pressemeldungen ist zu entnehmen, daß es vor kurzem nach einer Beerdigung in Mauterndorf (Salzburg) zu einem offensichtlichen Akt der Wiederbetätigung gemäß dem NS-Verbotsgesetz gekommen ist. So soll u. a. von einem Grabredner festgestellt worden sein, daß die jüngsten Ereignisse im Osten ein Beweis dafür seien, daß man in Deutschland zwischen 1938 und 1945 "recht gehandelt" habe. Weiters soll der Redner festgestellt haben, daß dies nach Kriegsende nicht entsprechend anerkannt worden sei, weil damals die Rechtsprechung "auf der Seite der Sieger" gestanden sei.

Diese Äußerungen sind den genannten Pressemeldungen zufolge Anlaß dafür gewesen, daß der Geistliche die Trauerversammlung demonstrativ verlassen hat, nicht jedoch der Bürgermeister der Gemeinde Mauterndorf, der gleichzeitig auch den Beruf eines Kommandanten des örtlichen Gendarmeriepostens ausübt. Obwohl es sich offensichtlich um einen Akt der Wiederbetätigung handelt, scheint - diesen Pressemeldungen zufolge - der zuständige Gendarmeriepostenkommandant entgegen seiner gesetzlichen Pflicht diese nationalsozialistische Wiederbetätigung geduldet zu haben.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

**A n f r a g e:**

1. Entspricht es den Tatsachen, daß es zu derartigen Äußerungen bei einem Begräbnis in Mauterndorf gekommen ist?
2. Entspricht es den Tatsachen, daß - wie in den Pressemeldungen dargestellt - ein höherer Gendarmeriebeamter angesichts der Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz keinen Grund zum Einschreiten sah, obwohl der anwesende Geistliche demonstrativ die Begräbnisfeierlichkeiten verließ?
3. Wurde seitens der Exekutive eine diesbezügliche Anzeige an die zuständige Staatsanwaltschaft erstattet?
4. Wird seitens der zuständigen Behörden in dieser Angelegenheit ein Disziplinarverfahren gegen den betreffenden Gendarmeriebeamten eingeleitet und gegebenenfalls auch Anzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft erstattet?

uerzahlung nur das erste Halb-  
jahr. Betragsmäßig macht diese  
insgesamt sieben Prozent  
eines Monatspension aus. Diese  
sieben Prozent errechnen  
sich aus der einprozentigen  
Erhöhung für sechs Monate  
(1.1.90 bis 30.6.90) und einer  
Sonderzahlung.  
Ausgelöst wurde diese Erhö-

sten, da diese durch Einspa-  
rungen in den Ministerien auf-

ÖGB-Vizepräsident Rudolf  
Nürnberger begrüßt die Erhö-

Bis zu drei Milliarden Schil-  
ling an Verwaltungsersparnis  
wäre durch eine Zusammenle-  
gung der unterschiedlichen  
Pensionskassen und einer  
Auflösung der separaten Ei-  
senbahnerversicherung zu er-  
zielen. (er, hsp)

nierung"  
tkern g  
Haider. I  
für die G  
fenexpor  
rium zu  
sei ihr  
nungshc

### Milizsoldaten wollen Reformen

Wien - Vor der heutigen  
Sitzung des Landesverteidi-  
gungsrats gab es vielfältige  
Kritik am Bundesheer. Die  
jüngst zu Tage getretenen Un-  
zulänglichkeiten der zentralen  
Heeresbürokratie seien nur die  
Spitze eines Eisberges, der aus  
Unfähigkeit, Ignoranz und  
Überheblichkeit bestehe,  
meint Michael Schaffer von  
der Präsidentenkonferenz der  
Milizverbände. Die notwendi-  
ge Heeresreform werde die  
„Nagelprobe“ für Minister Li-  
al: Der Minister werde den  
über seinen eigenen  
Sprung als ehemaliger Beam-  
tengewerkschafter wagen  
müssen.

Schaffers Vorstellung zur  
Heeresreform sieht eine Verla-  
gerung von Kompetenzen  
nach unten, zu den Militär-  
kommanden der Länder, vor.  
Soldaten sollten besser be-  
zahlt werden, Abfertigungs-  
anspruch erwerben - aber  
nicht pragmatisiert werden.

Vizekanzler Josef Riegler  
warnte davor, die Verteidi-  
gungspolitik zur „Spielwiese  
für Scharlatane und Demago-  
gen“ zu machen. Man müsse  
die konkrete Entwicklung in  
Europa abwarten, aber schon  
jetzt daran gehen, mögliche  
Varianten vorzubereiten.

### Haider zieht zurück

Der Obmann der FPÖ, die  
kürzlich eine Volksbefragung  
über das Bundesheer angekün-  
digt hatte, erklärte gestern, die  
FPÖ stehe uneingeschränkt  
zum Landesverteidigungsplan  
mit der allgemeinen Wehr-  
pflicht und dem Milizsystem.  
Eine Volksbefragung würde  
Jörg Haider FPÖ nur dann be-  
fürworten, wenn die Bundes-  
regierung diesen Landesvertei-  
digungsplan aufgibt. (APA)

## Keine Garantie mehr für reines Wasser

Wien - In der ZIB 1 schlugen  
gestern die österreichischen  
Wasserwerke Alarm: die Reiz-



## Nazi-Sprüche vertreiben Pfarrer von Beerdigung

Gerald Lehner

Mauterndorf - Die Ereignisse  
im Osten seien der Beweis da-  
für, daß man in Deutschland  
zwischen 1938 und 1945 recht  
gehört habe. Der Verstorbene  
sei seiner Einstellung immer  
treu geblieben, obgleich die  
Rechtssprechung nach Kriegs-  
ende auf Seiten der Sieger ste-  
he.

Offene Worte am offenen  
Grab. Der Kamerad von der SS-  
Traditionsgemeinschaft „Die  
Glasenbacher“ - eine Riege  
geistestreuer Ex-SSler, die im  
Lager Glasenbach interniert  
waren - spendet Tröstliches  
für die Trauergemeinde des  
Toten: Wolfgang Rest, Kunst-  
schmied und Seniorchef eines  
Sportgeschäftes zu Mauterndorf  
im Salzburger Lungau.

Daraufhin verläßt Pfarrer  
Franz Zimmermann demon-  
strativ den Friedhof: „Das muß  
ich mir nicht anhören.“

Bürgermeister Peter Bliem,  
Trauergast und Postenkom-  
mandant der Gendamerie,  
sieht keinen Grund, gegen den  
„Glasenbacher“ einzuschrei-  
ten. Er kenne die Wiederbetä-  
tigungs-Paragrafen: Das sei  
nichts Außergewöhnliches ge-  
wesen. Deutsche Feriengäste  
dagegen sind empört: „Bei uns  
wäre so ein Redner längst vor  
Gericht.“

Wenn es um die braune Ver-

gangenheit geht, hat Dorfchef  
Bliem schon mehrmals eine  
eigene Art von liberaler Gesin-  
nung bewiesen. In Überein-  
stimmung mit älteren Mitbür-  
gern wehrte er sich, Hermann  
Göring die Ehrenbürgerschaft  
zu entziehen: Der Reichsmar-  
schall und Kriegshetzer,  
Schloß- und Jagdherr auf Burg  
Mauterndorf, hatte dem Lun-  
gauer Bergdorf eine Wasserlei-  
tung auf Reichskosten zuge-  
schant.

Vom Landeskommando be-  
kam der Mauterndorfer Chef-  
Gendarm auf seine Äußerun-  
gen noch keine öffentliche Zu-  
rechtweisung. Der Streit um  
die Ehrenbürgerschaft Görings  
erschütterte seit Monaten die  
nähere und fernere Umgebung  
- bis hin zu einer Meldung in  
der New York Times.

## Brisante Temelin lag halbes Jahr in des Bundeskanzleramt

Johannes Wieser

Wien - Seit mehr als einem  
halben Jahr ist eine, selbst vom  
zuständigen Beamten als  
„hoch brisant“ bezeichnete  
Studie über den Standort des  
tschechoslowakischen Atom-  
kraftwerks Temelin im Bun-  
deskanzleramt schubladiert.  
Dieses Gutachten, es weist  
nach, daß Temelin der „in je-  
der Hinsicht ungeeignetste“  
Standort in der CSSR ist,  
war im Mai 1989 vom Erstel-  
ler, Emil Malek, der österrei-  
chischen Botschaft in Prag  
übergeben worden.

Über das Wiener Außen-  
ministerium („Wir tungeren  
nur als internationaler Brief-  
träger für alle Ressorts“) wurde  
die Studie am 5. Juni 1989 zum  
zuständigen Beamten im Bun-  
deskanzleramt, Fritz-Werner  
Schmidt, „mit der Bitte um  
Unterrichtung über Inhalt und  
Argumente“ weitergeleitet.  
Der Beamte ließ von der 200  
Seiten nur das Inhaltsver-  
zeichnis und die Einleitung  
übersetzen, stuft die Studie als  
„hoch brisant“ ein, und unter-  
nahm nichts. In einem Ge-  
spräch mit dem STANDARD er-

klärt er  
ten dar-  
an ande-  
rheit  
hätte. U  
Überset  
80.000 :  
schiene  
Auch  
Reakti-  
sion, de  
selbst is  
informi-  
diese-  
den ka-  
Auftrag  
Greei  
deskan-  
dert, u  
Quelle  
Schmid  
eine Se  
der Bea  
mit br  
umgeh-  
Gerh  
Bunde:  
mit ein  
lungen  
quenze  
es bish  
überse:  
Bogrür  
schaft!  
fährd:

## Das Ende der alte

### Beim heutigen Parteitag ringen gemäßigte mi

Paul Vécsei

Wien - „Neu Denken - Neu  
Handeln“. Unter diesem Motto  
ist der 27. Parteitag der KPÖ  
geplant, der heute, Freitag, im  
Austria Center in Wien-Kagran  
beginnt. Schon vorher sieht  
sich die Parteiführung mit  
Neuerungen konfrontiert -  
mit ungeplanten allordings:  
Protestkundgebungen eigener  
Mitglieder sind vor dem Ta-  
gungsgebäude angesagt. Sie  
wollen einen offenen Partei-  
tag, an dem alle interessierten  
Mitglieder zumindest als Zu-  
hörer teilnehmen dürfen. Ein-

die Nominierung per Sekre-  
tär-Vorschlag.

Dem unerwarteten Interesse  
der KP-Mitglieder sind nach  
Auskunft der Parteitags-  
organisation technische Gren-  
zen gesetzt. Das Fassungsver-  
mögen des Tagungsraums ist  
mit den rund 450 Delegierten,  
Gästen und geladenen Besu-  
chern erschöpft. Einor mög-  
lichen Übertragung in den Ne-  
benraum machen die „Steirer  
in Wien“ einen Strich durch  
die Rechnung: Sie bereiten  
dort ihren jährlichen Ball vor.

Die durch solche Realitäten  
eingeschränkte Parteiführung  
mache deshalb überall nach

schon  
(USP)  
schen  
nische  
reits  
ausgec  
Offe  
Au-  
reich  
mus.  
gram  
nem :  
sten  
genh-  
nisie:  
vom  
Fran:  
Recl.